

# Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

**Erscheint**  
wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends.  
**Verlagspreis:** Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von  
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

**Anzeigenpreis:**  
für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf.  
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 74.

Donnerstag, den 13. September 1919.

41. Jahrg.

## Die Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages.

Paris, 11. September. Um 10 Uhr vormittags fand im Schlosse zu St. Germain die Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages statt. — Etwa 300 Personen waren anwesend, darunter 73 Friedensdelegierte und 50 Pressevertreter. Ministerpräsident Clemenceau führte den Vorsitz.

Die Rumänen und südslawischen Delegierten waren bei der Zeremonie der Unterzeichnung nicht anwesend. Die Unterzeichnung war um 11.10 Uhr beendet. Die rumänischen und südslawischen Bevollmächtigten erwarten Instruktionen ihrer Regierungen. Der Oberste Rat ließ ihnen bis Sonnabend Abend Zeit, ihre Absicht mitzuteilen.

**Die preußische Landesversammlung**  
wird am Donnerstag, 18. September, ihre Sitzungen wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung steht außer einer Reihe kleiner Anträge die zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 und zwar des Haushaltes für das Ministerium für Volkswirtschaft. In Verbindung mit diesem Haushalt werden Anträge des Abg. Ebersbach auf Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Ablesung von Kohlen und Baustoffen sowie des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf Förderung der Kleingärten und auf Schöpfung eines Jugendamts und ferner förmliche Anfragen über den Wohnungsmangel und über die Gefaltung des Krankenpflegeberufs beraten werden.

## Zum Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich.

Amsterdam, 9. September. Der Lloyd George nachsehende „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, der Versuch, Oesterreich und Deutschland zu trennen, sei unersichtlich und ungerecht. Die Oesterreicher seien Deutsche und würden nie etwas anderes sein wollen. Eine künftige Vereinigung mit Deutschland auf die eine oder andere Weise sei so sicher, wie die Sonne aufgeht. Die Oesterreicher könnten nicht allein stehen. Wenn ihnen verboten werde, sich mit Deutschland zu vereinigen, so würden sie sich mit anderen Nachbarn zusammenschließen, und wenn sie dann wieder in den Kreis Deutschlands träten, so würden sie ihre Nachbarn mitbringen. Den Oesterreichern würde also auf diese Weise wieder ihre alte Rolle, nämlich das Zusammenscharen nicht-deutscher Völker unter dem Banner Deutschlands, aufgezwungen werden.

## Amerika für Deutschland.

Lugano, 10. September. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ hatte die französische Delegation gestern die deutsche Antwort auf das Ultimatum der Entente mit einer neuen, scharfen Note erwidern wollen. Amerika aber habe das abgelehnt und seinen eigenen Vorschlag auf heute angekündigt. Das Blatt vermutet, die amerikanische Delegation wolle Deutschland den Weg öffnen, um sich aus der kritischen Lage zu befreien. Amerika betrachte im Gegensatz zu Frankreich den Artikel 20 des Friedensvertrages nicht als unbedingtes Verbot eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland, weil ja die Möglichkeit eines solchen Anschlusses durch die Zustimmung des Völkerbundes ausdrücklich gegeben sei.

## Endgültige Ablehnung des Friedens.

Berlin, 10. September. Von gut unterrichteter Seite wird gemeldet, daß die Friedensberatungen in Amerika in ein Stadium getreten sind, das für den Versäler Friedensvertrag sehr verhängnisvoll ist. Die amerikanische Opposition befehrt gegenwärtig vollkommen die Situation und es ist zu erwarten,

daß in wenigen Tagen entscheidende Dinge vor sich gehen werden, die die endgültige Ablehnung des Friedensvertrages durch Amerika bedeuten. Die Opposition bereitet ein Mißtrauensvotum für Wilson vor.

## Die Rückkehr der Gefangenen.

Berlin, 10. September. Von nächster Woche ab werden auch die Gefangenen aus Amerika, etwa 30 000 an der Zahl, zurückkehren. Von amerikanischer Seite wurde als Tag der Rückkehr der 17. September bestimmt. Heute wird sich bereits die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus England ziemlich regelmäßig ab. Es treffen ununterbrochen Kriegsgefangenenzüge ein, die nach den Durchgangslagern weiterbefördert werden. Wenn es gelingt, die Transporte auf täglich 10 000 Mann zu steigern, so wird die gesamte Heimkehr schon zu Anfang Oktober beendet sein. Ist es aber nur möglich, 6000 Mann am Tage heimzutransportieren, so dürften auch Ende Oktober sämtliche in englischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen bei der deutschen Abnahmekommission abgestellt sein. Vorläufig ist mit einer Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Frankreich, wie schon gemeldet, trotz angestrengtester Bemühungen nicht zu rechnen. Dagegen darf man hoffen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland einerseits und Japan, Rußland und Rumänien andererseits bald zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Die Verhandlungen mit Rumänien, wo sich noch etwa 7500 deutsche Kriegsgefangene befinden, sind soweit gediehen, daß schon in allernächster Zeit deutsche Lazarettzüge zur Abholung der Gefangenen nach Rumänien abgehen werden.

## Drei Milliarden für die Kriegsgefangenen.

Berlin, 9. September. Für die heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen sind vom Reich vorläufig drei Milliarden als erste Rate zur Verfügung gestellt.

## Scheidemann und Erzberger wieder zurück.

Berlin, 11. September. Ebenso wie Scheidemann ist auch Erzberger aus der Schweiz nach Deutschland zurückgekehrt.

## Zur Neuwahl des Reichspräsidenten.

Aus politischen Kreisen wird einer Berliner Korrespondenz geäußert:  
Es ist nicht ausgemacht, daß die Sozialdemokratie Ebert als Reichspräsidenten wieder präsentiert und daß er die volle Unterstützung der Partei findet. Man spricht davon, daß der Vizepräsident der Nationalversammlung, Abg. Eberlein, der die stärkere Richtung vertritt, als Kandidat in Frage kommt. Von den Demokraten wird angenommen, daß sie den sozialdemokratischen Kandidaten unterstützen würden. Das Zentrum dürfte sich in recht unentschiedene Gruppen teilen. Von den Unabhängigen ist entweder Wählenshaltung oder die Wahl eines eines Kandidaten zu erwarten. Ebert soll ihre Stimme in Anspruch erhalten. Die Reichsparteien werden unabhängig mit einem eigenen Kandidaten hervortreten. Alle Wahrscheinlichkeit nach ist mit einer Zersplitterung der Stimmen zu rechnen, so daß die Wahl eines der spannendsten Ereignisse werden kann.

## Herabsetzung der englischen Flotte.

London, 10. September. Die Admiralität erteilte den Befehl, die Schlachtschiffe der Admiralität und die vier und fünfte Divisionen der Flotte vom 1. Oktober an auf 12. Division herabzusetzen. Die 20. Division der Flotte wird nach Beendigung des Dienstes in der Ostsee ebenfalls auf 12. Division herabgesetzt. Eine neu gebildete 13. Division und das zweite Geschwader leichter Kreuzer werden mit voller Besetzung der atlantischen Flotte zugeteilt. Die der atlantischen Flotte zugeteilten U-Bootsflotten werden auf drei herabgesetzt.

## Die russischen Volkswegisten am Dniepr gefangen.

Moskau, 10. September. Die „Morningpost“ meldet aus Kuzaretsk: Der rumänische Heeresbericht meldet die Einnahme der ganzen Dnieprfront der bolschewistischen Armee durch die Rumänen. Es wurden 3000 Gefangene gemacht. Die Rote Garde flüchtete in Auflösung. Die Rumänen haben bei Werdety den Dniepr überquert.

## Die Kronprinzessin in Dels.

Berlin, 11. September. Der früheren Kronprinzessin ist vom Staate als ständiger Wohnsitz Schloß Dels zugewiesen worden, da das Schloß Cecilienhof mit seinen umfangreichen Anlagen dem verkleinerten Haushalt nicht mehr entspricht und die Instandhaltung zu große Kosten verursacht. Zur Ausstattung werden der Kronprinzessin aus den reichlichen Mobilienbeständen der Schloßherren geeignete Einrichtungsgegenstände leihweise übergeben werden.

## Roste verbietet das Glücksspiel.

Berlin, 11. September. Durch eine Verordnung des Oberbefehlshabers Roste wird auf Grund des Belagerungszustandes das öffentliche Glücksspiel, sowie das Glücksspiel in den Vereinen, besonders in den Klubs, verboten. Die Verordnung tritt am 14. September in Kraft.

## Erbitterung im Elsaß.

Berlin, 11. September. Wegen die beachtliche Einberufung der Jahrgänge 1898/99 in Elsaß Vorbringen herrscht nach dem „Vorwärts“ in der Bevölkerung starke Erbitterung. Mehrere ergeben schon Aufforderungen, den Einberufungen keine Folge zu leisten.

## Kontrolle der Oberelsaßfahrt.

Berlin, 10. September. Bezüglich der im Friedensvertrag aufgeworfenen Internationalisierung der deutschen Flüsse wird in den nächsten Tagen eine interalliierte Kommission in Schiffsen eintrifft, um eine Besichtigung des Oberstromes vorzunehmen. England zeigt große Neigung, eine Kontrolle der Elbschiffahrt zu verlangen, während die Amerikaner besonderes Interesse für die Oberelsaßfahrt zeigen.

## Raffinerieanlagen in Rußland.

Berlin, 9. September. Nach einer Meldung der „Druckzeitung“ aus Gostajorsk sind nach Informationen russischer Blätter im August die leitenden Männer des alten Regimes Rußlands massenweise eingekerkert worden. 54 Gefangene wurden im Moskauer Kreml handrechtlich erschossen. Eine andere Gruppe von Wärterträgern aus der Jorenzzeit wurde in Kronstadt erschossen und ihre Leichen ins Meer geworfen. In einer Nacht wurden von 2400 Personen, die zum Tode verurteilt waren, alle bis auf 41 Mann hingerichtet. Der frühere Ministerpräsident Teropow kam mit dem Leben davon, weil die Matrosen ihn mit seinem Bruder verwechselt hatten, der an seiner Stelle erschossen wurde.

## Die Teuerungszulagen für die preussischen Beamten.

Eine Denkschrift über die Gewährung einer Teuerungszulage an Staatsbeamte, die in Amt und im Ruhestand, an Privatbeamte solcher Beamten sowie an Lohnangehörige höherer Ordnung ist der Preussischen Landesversammlung vorgelegt. Die Denkschrift lautet u. a.:

Die Teuerungszulage hat die Beamten in nicht unerheblichem Maße entlastet, zumal die Teuerungszulagen jährlich die Summe von 1 100 Millionen Mark voranschlagen. Da aber die Lebensmittelpreise nicht sehr erheblich in Erleichterung tritt und viele Gebrauchsgüter im Preise nicht gefallen sind, muß nochmals eine Wirtschaftsbefähigung ausgearbeitet werden. Dazu kommen Rohstoffe, Steigerung der Mieten und die Tatsache, daß infolge der im Juni erfolgten Vornahme einer Wirtschaftsbefähigung viele Beamten infolge der Teuerung ohne Vermittel sind, die durch notwendige Beschaffungen für den Winter angehebt sind.

Die Denkschrift gibt ein Bild der haars- und volkswirtschaftlichen Lage und kommt zum Ergebnis, daß eigentlich nur Mittel nicht angeworfen werden können, da der Staat neue Kosten nicht tragen kann. Da aber das Reich trotz der von Preußen vorgebrachten Beschwerden den Wirtschaftsbefähigung Teuerungszulagen gewährt habe, könne Preußen nicht zurückbleiben, um seine Wirtschaftskraft nicht zu verlieren.

Die neue Wirtschaftsbefähigung fordert die Summe von 520 Millionen Mark (270 Millionen allein für die Eisenbahnerverwaltung). Die Denkschrift führt aus, daß auch die Staatsarbeiter weitere ähnliche Forderungen stellen werden, die man nicht ohne weiteres ablehnen könne. Der Vorschlag wird also noch um ein Vielfaches erhöht werden. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiter der Teuerungszulagen weit mehr angepaßt sind als die Gehälter der Beamten, daß deshalb die Arbeiterbefähigung niedriger gesetzt werden können.

Die Regierung ruft die Landesversammlung auf, in dieser Frage zu entscheiden. Die Gelder müssen durch eine

Strebvorlage beschafft werden. Die neue Anleihehaltung muß aber durch neue Steuern aufgebracht werden. Vorgeschlagen wird eine Erhöhung der Erbschaftsteuer vom 1. Oktober 1919 ab.

Was die Frage anbelangt, ob die neuen Beihilfen der Steuerpflichtigen unterliegen, so erledigt sich diese Frage dadurch, daß die Bestimmungen vom 30. Mai 1917 (Steuerfreiheit der Beihilfen der Beamten) vom 1. April 1920 ab gegenstandslos werden, weil von da ab eine neue in Vorbereitung befindliche Reichsautonomieverordnung gilt, das diese Ausnahmen fassen wird.

Berlin, 10. September. Der Staatshaushaltswissenschaftler der preussischen Landesversammlung wird am Donnerstag zusammenzutreten, um die Frage der Auszahlung von Zerrungsauslagen an die preussischen Beamten und Staatsarbeiter und ihre Deckung zu beraten. Die Zerrungsauslagen an die Beamten sollen Anfang Oktober zur Auszahlung gelangen.

## Oberschlesien.

### Die Besetzung Oberschlesiens.

Paris, 9. September. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Paris, nach Erklärungen Marciall Jochs an dem Vertreter des „Echo de Paris“ werde Oberschlesien erst nach der Ratifikation des Friedensvertrages besetzt. Die Stärke der interalliierten Besatzungstruppe würde eine Diskussion betragen.

### Eine deutsche Note über die Unruhen in Oberschlesien.

Berlin, 10. September. In Versailles ist folgende Note überreicht worden:

Mit lebhafter Sorge verfolgt die deutsche Regierung die von vertraulicher polnischer Seite aus Anlass der ober-schlesischen Vorgänge gegen Deutschland seit nunmehr vierzehn Tagen mit unermüdlicher Stärke in Wort und Schrift betriebene Hege. Sowohl maßlose Artikel und Aufsätze in der Presse, wie in zahlreichen Volksversammlungen in allen größeren Orten Polens gehaltene Reden über die Ereignisse und Verhältnisse in Oberschlesien sind geeignet, die breiten Massen des polnischen Volkes in eine gefährliche Erregung zu versetzen und sie zu Gewalttaten aufzureizen. Unverhüllt wird bewaffnetes Einschreiten, also der Krieg gefordert und zur Bildung von Freikorpsen aufgefordert.

Die deutsche Regierung glaubt der Zustimmung der polnischen Regierung sowie der übrigen alliierten und assoziierten Regierungen sicher zu sein, wenn sie es als eine erste Pflicht der polnischen Regierung betrachtet, diesem Treiben entgegenzutreten und mit allen Kräften auf eine Verhütung der öffentlichen Meinung in ihrem Lande hinzuwirken.

Eine fortgesetzte Quelle der Beunruhigung liegt in dem Umstande, daß die in der Nähe der Grenze zum Saage der Ortshäuser und zahlreichen industriellen Niederlassungen stehenden deutschen Truppen fortgesetzlich Angriffe seitens polnischer Banden ausgeht sind. Diese Banden stoßen unermüdet über die Grenze vor, sügen den deutschen Mannschaften Verluste zu und ziehen sich, sobald härtere deutsche Kräfte erscheinen, ebenso schnell über die Grenze wieder zurück. Es bedarf der ganzen Aufmerksamkeit der deutschen Truppen, daß sie sich nicht in der Verfolgung solcher Banden zu Grenzverletzungen hinreißten lassen, was das zuzuhaltende deutsche Generalkommando in der Mitteilung vom 2. September besonders hervorhebt. Hier genügt es nicht, daß die polnischen, an der Grenze befindlichen Streitkräfte unzulässig bleiben, vielmehr wäre es dringend erforderlich, daß diese Streitkräfte für eine solche Abwehr der Grenze gegen den Übertritt von Banden sorgen, und daß sie verhindern, daß sich diese Banden mit Waffen und Munition versehen. Eine Fortdauer der Unruhen auf die Dauer sowohl für die Truppen wie für die Grenzbevölkerung unerträglichen Zustände würde den Eindruck erwecken, daß die polnischen Überfälle mit Wissen und Duldung der polnischen Militärbehörden erfolgen.

Die deutsche Regierung möchte schließlich auch diese Gelegenheit benutzen, um mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie in enger Verbindung mit der preussischen Regierung aus Rücksichten des allgemeinen Friedens und des öffentlichen Wohles mit Erfolg bemüht ist, in Oberschlesien die Ruhe und Ordnung und damit die Fortführung der Arbeit und Produktion zu sichern.

### Die provinzielle Autonomie Oberschlesiens.

Die provinzielle Autonomie Oberschlesiens wird in kürzester Zeit der preussischen Landesversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Es steht zu erwarten, daß dieser Tage eine amtliche Proklamation von der preussischen Staatsregierung erlassen werden wird.

### Besetzung Oberschlesiens nach dem 20. September?

London, 9. September. Das Reutersche Bureau erzählt, daß der Vorsitzende der alliierten Mission für Oberschlesien, General Dupont, beschlossen hat, unverzüglich ein Telegramm

nach Paris zu senden, in dem er nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Entsendung alliierter Truppen nach Oberschlesien hinweist. Eine Besetzung kann jedoch aus technischen Gründen nicht vor dem 20. September durchgeführt werden.

An zutreffender Stelle ist von einem solchen Entschlusse des Generals Dupont nichts bekannt.

### General Dupont.

Berlin, 10. September. Zu den Havas- und Reutersmeldungen, daß General Dupont beschlossen habe, sofort ein Telegramm nach Paris zu schicken, in dem die Notwendigkeit einer Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen herorgehoben werde, glaubt man in hiesigen maßgebenden Kreisen, daß auch diese Meldungen von polnischer Seite ausgehen, wo man eine frühere Besetzung Oberschlesiens durch Ententetruppen sehr wohl herbeiwünscht und erstrebt. Die deutsche Regierung sieht, wie das schon oft betont worden ist, auch weiter auf dem Boden des Friedensvertrages und vertritt die Anschauung, daß eine frühere Besetzung Oberschlesiens, als wie im Friedensvertrag festgelegt, nicht zulässig ist. Eine solche Besetzung könnte höchstens dann in Frage kommen, wenn auch Deutschland seine Einwilligung dazu geben würde. Nun kommt noch hinzu, daß auch die Fassung der Reutersmeldung für die Unglaubwürdigkeit der Meldung selbst spricht. Es heißt nämlich nicht, daß Dupont schon eine Note abgeschickt habe, sondern nur, daß er sie abzuschicken beschlossen habe. Wesentlich für die Beurteilung der Frage ist auch die bisherige Haltung des Generals Dupont, der sehr loyal und in jeder Beziehung durchaus korrekt war. Der General war ständig bemüht, nach Möglichkeit allen Seiten gerecht zu werden und zu vermitteln. So darf man wohl annehmen, daß Dupont, wenn er wirklich für die sofortige Besetzung Oberschlesiens eintreten würde, zum mindesten einen solchen Schritt nicht ohne vorherige Verständigung mit den deutschen Behörden unternehmen würde. Wie man noch weiter hört, trat General Dupont sehr warm für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ober-schlesischen Bevölkerung ein.

### Ueber die Anwesenheit des Generals Dupont in Sosnowitz

Schreiben die dortigen Blätter folgendes: „Mit großen Feierlichkeiten wurde General Dupont mit seinem Stabe und die anderen Generale in Sosnowitz empfangen. Der General hielt mit dem Regierungskommissar, Rechtsanwalt Wolny aus Warschau eine fast einstündige Konferenz ab, an der u. a. teilnahmen die früheren deutschen Abgeordneten: Zeitungsvorleger, Geschäftler Paul Popplech-Rattowitz und der Besitzer einer Buchhandlung Albert Sosinski-Lauroschütte. Versprochen wurden die letzten Vorgänge in Oberschlesien. Hierauf wurde eine Abordnung von Aufständischen aus dem Kreise Rattowitz und Rybnitz empfangen. Darauf fand eine Besprechung von Vertretern der polnischen Militärverwaltung statt.“

### Die fremden Generale abgereist.

Deutschen OS., 8. September. Gestern Abend ist General Dupont aus Krakau zurückgekehrt. Heute vormittag hat er einen Generalstabsoffizier des Generalkommandos 6 Armee-Korps empfangen, um sich Aufklärung über die notwendige Stärke der interalliierten Truppen bei der Besetzung Oberschlesiens geben zu lassen. Die der interalliierten Mission angehörenden drei Generale sind heute nach Schloß Sorau abgefahren. Heute Abend kehrten sie in Begleitung des japanischen Hauptmanns Iijima nach Berlin zurück.

### Die Entente-Kommission in polnischem Feuer.

Rybnitz, 11. September. Der „Ob. Wand.“ meldet: Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr griffen bewaffnete Banden Wüstis an. Die Angreifer wurden durch unser Feuer vertrieben, wir hatten keine Verluste. — Die nach Sorau überfahrene Entente-Kommission ist gestern Nachmittag in der Nähe von Schloß Sorau von den Banden jenseits der Grenze beschossen worden.

### Eine Entente-Note über Oberschlesien.

Berlin, 11. September. Gegen den in der Presse immer wieder auftauchenden Behauptungen, daß die Entente eine vorzeitige Besetzung Oberschlesiens beabsichtigt, wird von maßgebender Seite nochmals versichert, daß zu derartig alarmierenden Nachrichten keinerlei Veranlassung vorliegt. An hiesiger amtlicher Stelle ist eine Ententente über Oberschlesien eingetroffen, die in durchaus objektivem Geiste gehalten ist und ebenfalls zu derartigen Vermutungen keinen Anlaß gibt.

### Zur Regelung der ober-schlesischen Frage.

Berlin, 9. September. Die „Deutsche Wg. Ztg.“ schreibt zu der bevorstehenden Regelung der ober-schlesischen Frage durch Verleihung der provinziellen Autonomie: Es ist anzunehmen, daß hierin die Lösung für den Streit gefunden ist, der so lange die ober-schlesische Bevölkerung und ihre parlamentarischen Vertreter in Erregung gehalten hat. Bekanntlich waren Bestrebungen besonders bei der Zentrumspartei vorhanden, die nicht nur Autonomie, sondern vollkommene staatliche Selbständigkeit verlangt haben. Oberschlesien sollte zu einem Pufferstaat gemacht werden, ähnlich wie Belgien zwischen Frankreich und Deutschland. In der politischen Diskussion wurde Oberschlesien direkt als das zukünftige Belgien des Ostens bezeichnet. Es ist aber anzunehmen, daß auch diese extreme Richtung in der provinziellen Autonomie, die Oberschlesien durch den Selbstentwurf gewährt werden soll, ein hinreichendes Zugewinn in dem Bedürfnis nach Selbständigkeit erblicken wird.

### Die Volksabstimmung

#### in Schleswig-Holstein und Ostpreußen.

Alle Personen, die berechtigt sind, an den Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen teilzunehmen und in Schlesien wohnen, werden aufgefordert, sich beim Deutschen Auswahlgremium für Schleswig-Holstein in Jüßburg, Nordendhofenstraße 20, bzw. der Geschäftsstelle des Ostpreussischen Heimatsbundes in Ralswiek, bei Rastenburg 1. Oktober, schriftlich zu melden. Stimmberechtigt für Schleswig-Holstein ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die folgenden Bedingungen genügt: a) Sie muß bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages das 20. Lebensjahr beendet haben. b) Sie muß in der Zone, wo die Abstammung feststeht, geboren sein oder seit einem vor dem 1. Januar 1900 liegenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Stimmberechtigt für Ostpreußen ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die folgenden Bestimmungen genügt: a) Sie muß bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages das 20. Lebensjahr beendet haben. b) Sie muß in der Zone, in der die Volksabstimmung feststeht, geboren sein oder seit einem vor dem inter-alliierten Abstimmungsentschluß feststehenden Zeitpunkt dort ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben.

## Volles u. Provinzielles.

Sobrau O.-S., den 12. September 1919.

§ (Willkommen!) Zum Empfang der heimkehrenden Kriegsgefangenen werden auf der Bahnhofstraße (zwischen Brühl und Rosow) beim Beamtenwohnhaus Grenzposten errichtet. Ferner entbieten am Bahnhof mit Dankreden befristete Transparente den heimkehrenden Kriegsgefangenen den ersten Willkommenegrüß in der Heimat. — Aus unserer Stadt befinden sich etwa 50 Krieger in Gefangenschaft. Leider können nur die in englischer und amerikanischer Gefangenschaft befindlichen Krieger in den nächsten Tagen heim, während Frankreich die Gefangenen immer noch nicht freiläßt.

§ (Herr Gymnasialdirektor, Geheimrat Dr. Emolka) in Gleiwitz tritt in den nächsten Tagen in den wohlverdienten Ruhestand. Als Tutor unserer höheren Knaben- und Mädchenschule ist er mit großer Wärme und Hingabe für die Schule eingetreten und hat sich dadurch ihrer und der Stadt dankenswerten Dank verdient. Möge dem allezeit sehr verehrten Herrn ein sonniger Lebensabend beschieden sein!

§ (50 Geburtstag.) Herr Ober-Postschaffner Franz Henkel hier selbst, ein geachteter und geschätzter Mitbürger unserer Stadt, begeht heute sein Abrahamsfest.

§ (Der Gesangsverein „Eintracht“) veranstaltet Sonnabend den 13. d. M., abends 8 Uhr im neu renovierten Saale des Gasthauses „Germania“ ein Streichkonzert, welches von der Kapelle des Reichswehr-Schützen-Regiments Nr. 9 ausgeführt wird. Nach dem Konzert ist Tanz. Der Eintritt ist zum Besten der Sobrauer Kriegsgefangenen bestimmt.

§ (Militär-Konzert.) Am Sonntag den 14. d. M., nachmittags von 3 1/2 Uhr ab konzertiert im Schützenhause das Musikkorps des Reichswehr-Schützen-Regiments Nr. 9 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters Herrn Kroeber. Das betr. Musikkorps hat erst bei seinem letzten Auftreten hier selbst am 30. August einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Herr Obermusikmeister Kroeber wartete mit einem Programm auf, das selbst den verwöhntesten Musikkenner befriedigte und von der Kapelle äußerst gut zur Durchführung gebracht wurde. Der Beginn des Konzerts am künftigen Sonn-

lag ist daher allen Musikfreunden aus wärmster Empfehlung zu empfehlen. Wie lange noch — und wir werden den Wunsch einer Militärkapelle wohl für lange Zeit erben können müssen.

§ (Die Ruhrerkrankungen) haben auch hierorts eine ziemlich große Ausdehnung angenommen. In vielen Familien sind mehrere Personen zugleich erkrankt. Auch einige Todesfälle sind schon zu verzeichnen. Das beste Vorbeugungsmittel ist Reinlichkeit. Obst darf nur in gutem Zustand genossen werden. Beim Auftreten verdächtiger Erscheinungen ist sofort ein Arzt zu rufen zu ziehen. Die Ruhr beginnt mit heftigen Leibschmerzen und Durchfällen, die bald ein schlimmes Aussehen annehmen. Meist ist dem Schleim auch Blut beigemengt. Blasen beginnt die Krankheit mit Erbrechen und Übelkeit. Auf jeden Fall ist der Kranke sofort abzusondern, um eine Ansteckungsgefahr zu vermeiden. Das Verhüten von Ruhrerkrankungen ist die größte Gefahr für Bevölkerungsverbreitung.

• (Die Organisation der Landwirte im Kreise Rybnik) greift am 1. d. So desolch der Wirtschaftsverband unserer Kreise, allerorts Untergruppen ins Leben zu rufen, damit durch engeren Zusammenhalt den Landwirten im Staate die Stellung gesichert werde, die ihnen kraft ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben zukommt. Vorsitzender des Verbandes ist Dr. Komarow. Ratsmitglied Rybnik, Vertreter des Großgrundbesitzers Herrmann Schwilke, der Kleinbauern Wassner Gajowitz und Joh. d. Schwalowitz.

• (Arbeitsverhältnisse in der Fleischversorgung.) Aus dem Reichsberichterstattungsmitteltell wird, ist die Erwartung, daß die Broterzeugung Deutschlands in Frage gestellt sei, unbedenklich, obgleich die Vorräte an Getreide ziemlich gering sind. Das Ergebnis der letzten Fruchtprüfungen kann erst in einigen Wochen erwartet werden.

Sehr präzis ist dagegen die Lage der Fleischversorgung Deutschlands. Die Aufhebung der Lebensmittelbeschränkung hat auf diesem Gebiete geradezu verheerend gewirkt, da durch den Verkauf von Fleisch größere Summen erzielt werden, als durch den der Tiere und des Fleisches. Die vom Reichswirtschaftsrat vor einigen Tagen angeforderten Maßnahmen gegen den Lebensmittelhandel werden, da die Fleischversorgung durch ungeheure Preise erschweren tatsächlich droht, in den nächsten Tagen erfolgen.

• (Soziale Studienvereinigungen Rybnik und Umgebung.) Zur ersten Versammlung über die Gründung dieser Vereinigung hatte sich eine stattliche Zahl Studierender aus Rybnik und Umgebung im Kreisbauhofsaal eingefunden; auch Landrat Dr. Balausch war anwesend. Herr Stud. jur. Schleifer eröffnete die Sitzung. Hierauf sprach Fräulein Buchmann, stud. phil., über die Ziele sozialer Studienarbeit in Deutschland. Ihre Ausführungen hielten sich an der Hauptsache an: daß über die „Sozialen Studienvereinigungen“ herausgegebenen Statut, das in seiner Fassung lautet: „Wir sind eine Bewegung von Praktikern und sind eine unserer ersten Aufgaben darin, den Akademikern aus ihrer hochgehängten Umgebung auszuflanzeln und mitten in die Welt der Arbeit und des sozialen Lebens zu führen. Wir sehen darin etwas wertvolles, daß der junge Student frühzeitig den Strahlen einer völlig neuen Weltanschauung, die die Wirklichkeit von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, als der Weltanschauung des bürgerlichen Volkes ist, ausgesetzt werde. Das Mittel dazu, das notwendig ist, die Fiktion der sozialen Konventionen zu durchbrechen. Damit ist die theoretische Beschäftigung mit sozialen Dingen nicht mitbewertet, sondern nur untergeordnet und lebendiger gestaltet. Der bestmögliche Wirklichkeitskontakt und das gewichtige Interesse sollen in der praktischen Arbeit ihre Fortführung und Klärung finden. Selbst, Praxis und Theorie, sollen sich betreiben. Daher der Wert sozialer Studienvereinigungen, in denen die Ideen sozialer Tätigkeit zur Darstellung gelangen und systematische Überblicke über den Stoff erbeten werden.“ Für Freitag Nachmittag 4 Uhr ist seitens der Vereinigung die Beschäftigung der nächsten Woche beschlossen worden.

• (Superintendent Hoff.) Die Zeitung des Episkopats der Diözese Bist ist auf die dies in den Rufstempel getretenen Superintendenten Nowak Bist dem Pastor prim. Hoff in Kattowitz übertragen worden.

• (Die ukrainischen Millionen.) Das bei dem Abzug des Eisenbahnzugs bei Rauden in die Höhe der Bewohner der Umgebung geratenen ukrainische Geld (das Flugzeug fährt fast 100 Millionen mit sich) ist trotz der verhängnisvollen amtlichen Verbote und Strafandrohungen ein großer Schieber Artikel geworden. Dieser Tage sind in Kattowitz wieder fünf Personen, darunter zwei Brüder, in Haft genommen worden, bei denen man über 800 000 Rubel dieses

ukrainischen Geldes fand. Die Militärpolizei, welche die Verhaftung vornahm, fuhr gleich darauf nach Kattowitz, wo das Flugzeug verunglückte, und beschlagnahmte dort auch noch größere Summen; auch in Kattowitz wurden größere Geldsummen beschlagnahmt. Bis jetzt sollen schon 8000 000 Rubel in den Händen der Militärpolizei sein. Die in Kattowitz Verhafteten wurden bereits wieder aus der Haft entlassen.

• (Schließung sämtlicher Breslauer Spielklubs.) Durch Verfügung des Breslauer Polizeipräsidenten vom 5. September sind sämtliche Breslauer Spielklubs wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit geschlossen worden.

Diese Maßnahme des Polizeipräsidenten ist als eine Folge des Umstandes anzusehen, daß die vom Magistrat Breslau beantragte Genehmigung zur Erneuerung der Spielklubs von der Regierung verweigert worden ist.

• (Ein Schwindler mit Hausfegen) treibt im Kreise Rybnik sein Unwesen. Mehrfach wird gemeldet: Ein etwa 35 Jahre alter Mann bietet Hausfegen mit dem Glanz darauf an, daß ein Teil des Kleiderstücks zum Wiederverkaufsbau der Kleider aus Bleck bestimmt ist. Wie wir erfahren, ist diese Angabe unwohler. Die Hausfegen sind viel zu teuer, um dies angebotenen guten Gewinns willen haben sich aber doch gutgläubiger Käufer. Man wird gut daran tun, den Schwindler der Polizei zu übergeben.

• (Auser schwerem Verdacht.) In der 10. Straßstraße des 27. Juni d. J. waren in Kreuzdorf in der Wohnung der 62jährigen Rotogutbesitzerin Marie Gmalla 5 unidentifizierte Banditen gewalttätig eingebrungen. Der Frau wurde ein Koffer auf die Brust gesetzt und sämtliche Wertsachen durchsucht, wobei den Räubern 800 Mark bares Geld, 2 Taschenuhren, 1 Glasbrilliant und 1 doppelläufiges Jagdgewehr in die Hände fielen. Zu dem Verdacht der Täterschaft waren u. a. auch der 23-jährige Arbeiter Johann Koblitz aus Oßlau und der 25jährige Maurer Karl Nowak aus Kreuzdorf gekommen. Bei ihrer Verhaftung waren dem Koblitz 1 Armespille und 1 Schlagring und dem Nowak 1 Revolver, 1 Dolch, 1 Messer und 1 heiligenscheinige Strickgewehr, 6 Rahmen Patrone und 13 Sprengstoffpatronen zum Schutze von Handgranaten abgenommen worden. Wegen Raub und unbefugtes Waffenbesitz vor dem Kriegsgericht zur Verantwortung gezogen, befristete die Angeklagten die ihnen zur Last gelegte Tat. Da die 3 jugend Gmalla, sowie ihre Angehörigen genaue Angaben zu machen nicht in der Lage waren, wurden die Angeklagten von der Anklage des Raub freigesprochen. Wegen unbefugtes Waffenbesitz erhielt Koblitz 3 Monate und Nowak 6 Monate Gefängnis zu lebenslang.

• (Schleierjagd.) In Frankfurt a. M. flüchtete die Polizei bei einer Streife im Schieberviertel rund 500 Schleier fest. Vier große Lastwagen wurden, hoch beladen mit Lebensmittel und Tabak, zum Polizeipräsidium gebracht. Die Waren der eigenen Händler, die ohne Gewerbeschein waren, wurden dem Lebensmittelamt übergeben.

• (Auf der Flucht erschossen.) In Kattowitz hatte wegen unbedeutender Uniformtragens ein Leutnant einen Matrosen gefasst. Da er sich nicht ausfinden konnte, nahm er ihn auf das Militärgefängnis. Auf der Flucht entließ der Matrosen. Nach vergeblichem Anruf des Leutnants gab dieser einen Schuß ab, der den Matrosen in den Kopf traf. Der Tod trat sofort ein.

• (Im Automobil zur Arbeitsstätte.) Die auf den fürstlich Pleßischen Werken in Borsitz beschäftigten Arbeiter, welche um Wochensumme herumwohnen, werden mit Automobilen täglich zur Arbeitsstätte herangefahren bzw. nach Hause gebracht.

• (Teuerungsumruhen in Ologau.) Wie in Breslau und Schwabitz so greift auch in Ologau das Publikum zur Selbsthilfe, um eine Senkung der Preise auf dem Wochenmarkt zu erzwingen. Immer kam es im Laufe der Vorgänge zum Blutvergießen, als das Militär gegenüber den starken Menschenaufläufen requiriert wurde. Über die Vorgänge wird berichtet:

Die Absicht, eine Senkung der Preise zu erzwingen, gelang zwar ohne Maßnahmen, veranlaßte aber eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die den ganzen Tag anhält und zu starken Menschenansammlungen in der Vorgeschichte führt, als dort im Gesicht von Mensch eine „Kommission“ des Vergleichs der Ankaufs- und Verkaufspreise ausländischer Waren durchführte. Die Ansammlungen umfassen schließlich auch Arbeitskräfte Hunderte von Menschen, die sich zurückhalten verhielten, aber trotz aller Ermahnungen des Oberbürgermeisters Dr. Göttsche sowie des Vorstehenden

des Arbeiterrats und anderer Personen nicht zum Auseinandergehen zu bewegen war. In der neunten Abendstunde wurde Militär herbeigerufen. Als dieses in die Vorgeschichte einbog, wurden einigen Soldaten die Gewehre entzogen, worauf das Feuer auf die Menge eröffnet wurde, ohne vorher Zeit zum Auseinandergehen zu geben. Aber hatte das scharfe Vorgehen die schwersten Folgen. Nach bisherigen Feststellungen sind fünf Personen durch die Schüsse getötet, darunter ein Vater von fünf Kindern und zwei Frauen. Später wurden sämtliche Straßeneingänge der inneren Stadt mit Maschinengewehren abgesperrt. Die Nacht verlief ruhig. Die Erregung unter der Bevölkerung war nachher ab und ab.

Zu den Ursachen ist noch zu urteilen: Es ist festzustellen, daß bis jetzt 10 Tote und 11 Verletzte als Opfer zu beklagen sind. Die Verhängung des Belagerungszustandes ist vorläufig nicht erfolgt. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, von dem beantragten Embargo abzulassen.

Rybnik, 9. September. (Raub einer Stationskassette durch Banditen.) In der herabgekommenen Station Romanow haben Banditen die Stationskasse geraubt. Es gelang ihnen, unbefehligt und unerkannt zu entkommen.

Ples, 10. September. Der von M. verbreitete Bericht über den Aufenthalt der Kommissionsmitglieder in Ples O. (vgl. „Soborner Stadtblatt“ Nr. 73 vom 6. September) ist nicht richtig. Die Kommission beschloß das Schloß allein ohne Begleitung der Gendarmen. Dagegen nahmen der Kommissionsmitglied Komarow und der Superintendent Nowak an der Besprechung im Stadtkommando teil.

Ples, 9. September. (Ueberfall.) In Steigeborsdorf wurde laut „Schl. Ztg.“ in der dinstägigen Nacht eine Kavalleriepatronelle von 4 Mann aus dem Hinterhalt erschossen. Es sind darunter sofort von militärischer Seite verhaftete Maßnahmen ergriffen worden.

Beuthen O., 8. September. (Mäurerlicher Ueberfall.) Als sich am Montag vormittag die Soldaten der benachbarten Hohenzollerngrube auf dem Wege nach B. auf den Weg, um bei der Verwaltung der Grube Schaffgottschke einen Geldbetrag von 15000 Mark abzurufen, fielen bei der Eisenbahnunterführung drei junge Burken, die dort der Frau aufgelaufen hatten, aber diese her und raubten die Brieftasche mit dem Gelde. Der Ueberfallenen hatten sie vorher Salz in die Augen gestreut. Die Wegläufer sind mit dem Raube in der Richtung nach Hohenzollern geflüchtet. Eine Abteilung Soldaten, die telephonisch um Hilfe gerufen wurde und unverzüglich herbeikommt, nahm die Verfolgung der Banditen auf. Diese hatten aber schon einen zu großen Vorsprung und sind aus diesem Grunde entkommen.

Beuthen O., 8. September. (Massenaubruch von Gefangenen vorkommt.) In der Eisenbahngrube haben 20 in einer gemeinsamen Kellerräume 3 Le des tiefsten Gefängnisuntergang brachte Gefangene auszubringen verfuhr. Nach dem dies über eine Wand des an der 3. Le anstehenden Klosets durchstoßen hatten, waren sie dann durch die gelagerten Widerstand leistende Kellerräume in den Korridor gelangt, wo sie den Aufhänger auslasteren; dieser sollte abermütig und ihm dann die Schloß abgenommen werden. Der Versuch scheiterte, er hatte aber schon gemacht, daß auf dem Korridor etwas nicht in Ordnung war und so kamen etwa einige Soldaten der Gefängnisgrube zum Vorkommen; da die Gefangenen keine Mine machten, sich in die 3. Le zurückzubehalten, im Gegenteil zum Angriff überzugehen drohten, so sahen sich die Soldaten gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, dabei ist einer der Ausbrecher durch einen Schußkopf verletzt worden.

Beuthen O., 10. September. Eine große Zahl von Personen, die zum Teil mit der Waffe in der Hand an den Aufhänger angetreten und festgenommen worden sind, hatten sich vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten. Es kamen u. a. Beteiligung bei dem Sturm auf das Schloß des Grafen v. d. L. von Doornik in Ples, die Kämpfe an der Grenze bei der Aufnahme bei Beuthen, der Aufruf in Bobrek, Hohenzollern und Giesewald, der Ueberfall auf die Grenzgrube bei Myslowitz in Frage. Einige wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen, die anderen wurden zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Die Angeklagten erwiderten sich in der Hauptsache darauf hinaus, daß sie von den Polen mit Gewalt und Androhung des sofortigen Todes zum Eintritt in den Kampf gezwungen worden seien. — Der Sozialdemokrat Wilhelm Weber aus Myslowitz wurde wegen dreier räuberischen Ueberfälle zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. — Der schon mit 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Gruben-

**Standesamts-Nachrichten von Sohrau.**  
Sterbefälle.

Am 5. September die unversehrte Elisabeth Bartetzki, 27 Jahre alt; am 8. die unversehrte Anna Kollar, 50 Jahre alt; am 9. Feony, Tochter des Kaufmanns Georg Schlimmer, 5 Jahre alt; am 11. Gertrud, Tochter des Bergarbeiters Valentin Bohls, 10 Monate alt.

**Ev. Gemeinde Sohrau O.S.**

Sonntag den 14. September, vorm. 10 Uhr:  
Polnischer Gottesdienst.

**Bekanntmachung.**

Infolge der Neuauflage des Wertes der Sachbezüge (Kost und Wohnung) für Dienstmädchen und Dienstmägde dürfen für diese Personen vom 1. Juli 1919 ab Beitragsmarken I. und II. Lohnklasse nicht mehr verwendet werden. Es sind daher vom 1. Juli 1919 ab für Dienstmädchen in den Haushaltungen und gewerblichen Betrieben, sowie für weibliche Dienstboten in der Landwirtschaft zu verwenden:

- a) bei einem Monatslohn bis zu 24 M. 90 Pfg. Beitragsmarken III. Lohnklasse zu 34 Pfg.
- b) bei einem Monatslohn von 24 M. 91 Pfg. bis 54 M. 90 Pfg. Beitragsmarken IV. Lohnklasse zu 42 Pfg.

Diese Bestimmung gilt sowohl für die Dienstmädchen bezw. Dienstmägde in den Städten wie auf dem Lande.

Sohrau O.S., den 9. September 1919.  
Die Polizei-Verwaltung. Reichle.

**Reichenberger's Zahn-Atelier**

Sohrau O.S., Ring 129.

**Sprechstunden:**

Vormittags von 8—12 Uhr,  
Nachmittags von 2—6 Uhr.  
Sonntags von 9—12 Uhr.

In Sawlowitz ist ein Grundstück zu verkaufen.  
Werbung an Frau Maywald.

**Billardbauer Blasczyk**  
— Hindenburg —

Billardreparaturen jeder Art.  
Lager sämtlicher Billardartikel.

**Petkuser Roggen zur Saat**  
hat abzugeben  
Dom. Timmendorf O.S.

**Presstroh**

hat abzugeben  
Dom. Timmendorf O.S.

**Nähmaschinen, Fahrräder**  
sowie Ersatzteile stets am Lager.

— Bruno Elias, —  
Fahrradhandlung Sohrau O.S.

**Mädchen für Alles**

aufser Kochen für meinen Privathaushalt zum 1. Oktober gesucht.

Lämmel,  
Berlitz-Friedrichshagen, Kaiserstr. 41.  
Fahrtgeld wird vergütet.

**Milchcentrifugen**

R. D. P. stehen billig zum Verkauf.  
Engelmann, Sohrau,  
Klyd ciowla.

**Damen und Herren**

die Heirat od. Eheberat suchen, find. sof. pass. Partie. Mädchen erbeten.  
B. Grünwald, Görlitz, Cobblinstr. 13.

**Geld** gegen monatliche Rückzahlung  
bietet  
R. Calderarow, Hamburg 6.

**Schützenhaus Sohrau O.S.**

Sonntag, den 14. September 1919:

**Grosses Militär-Konzert**

des Musikkorps des Reichswehr-Schützen-Regts. Nr. 9

Dirig.: Obermusikmeister Kroeber.

Eintritt 1 M.

Beginn 8 1/2 Uhr.

Nach dem Konzert: Tanz.

Zu zahlreichem Besuch laden ergebenst ein  
Kroeber, Obermusikmeister.

Siekiera, Schichthauswirt.

**Danksagung.**

Für die uns anlässlich des Hin- und Wiederkommens unserer unvergesslichen Tochter u. Schwester

**Elisabeth**

bewiesene Anteilnahme danken wir hiermit herzlichst. Ganz besonders sprechen wir unsern tiefgefühltesten Dank Herrn Pfarrer Loch für die tröstlichen Worte am Grabe, sowie auch Herrn Kaplan Hoppe aus. Unser Dank gilt auch den edlen Krankenschwestern sowie der Marianischen Jungfrauen-Kongregation, die der Verbliebenen in treuer Anhänglichkeit so zahlreich das letzte Geleit gab.

Sohrau, den 12. September 1919

Im Namen der Hinterbliebenen:

**C. Bartetzki und Frau.**

**Freiw. Feuerwehr Sohrau.**

Montag den 15. d. M., nachm. 8 Uhr:

**Übung.**

Vollständiges Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

**Photographische Bedarfsartikel**

Trockenplatten, Rollfilme, Filmpacks, Chemikalien usw. offeriert

Bruno Elias, Sohrau O.S.

**Lichtspielhaus Sohrau**

Broll's Saal.

Sonntag, den 14. September 1919:

Der zweite ausländische Film.  
Sensationell!

Spannend von Anfang bis Ende!  
Ein gigantisches Filmmunsterwerk  
aus Italien in 6 Akten.

**Unendlich ist der Liebe Macht**  
oder:  
**Die Herausforderung.**

Ein wunderbar schönes Drama von packender Wirkung, von italienischen Künstlern gespielt, herrliche Kostüme und Ausstattung.

**Dezentes Besprogramm.**

Zwei Vorstellungen: Erste von 1/2 6 bis 8 Uhr, zweite von 8 Uhr ab

Mit diesem Filmmunsterwerk bieten wir dem geehrten Publikum wieder etwas hervorragendes und bitten um recht zahlreichen Besuch.  
**Die Direktion.**

Für den infolge der andauernden Kohlennot sehr knappen gebrannten

**Stückkalk**

empfehle ich für die bevorstehende Herbstbestellung als vorzüglichsten Ersatz zu.

**Düngezwecken**  
Ia. gemahlener  
**Kalkmergel.**

**Georg Badrian**

Kohlen- und Kalkgeschäft  
Sohrau O.S.

**Junger Hottund (Boxer)**

2 Monate alt steht zum Verkauf.  
Dom. Timmendorf O.S.

**Ein donnerndes Hoch**

Herrn Oberpostschaffner Hensel zum heutigen

**Abrahamsfeste.**

Sohrau, den 12. Septbr. 1919.

Seine Mitarbeiter.

**Verreist**

vom 14.—21. d. M.

**Zahn-Arzt Dornfeld.**

**Abbitte.**

Die dem Feindweilich-sig-r Simon Przeliorz zugetragte Beleidigung nehme ich zurück und bitte hiermit Abbitte.

Hedwig Kleppek.

St. roudh warne ich, das über mich aufgebrachte Gerücht weiter zu verbreiten, da ich sonst klagbar vorgehen müßte.

Frau Marie Pawlas  
geb. Muras.

Den geehrten Hauswirten pp. zur gef. Kenntnis, daß ich noch meiner gesunden heillichen

**das Ofenbaugeschäft**

weiter betriebe und 2 Stellen zur Hilfe habe. Ich bitte um glütigen Zufpruch und geliche Hochachtung

Johann Gally,  
Ofenbaumeister.

**Saferstroh**

hat in größeren Mengen billig abzugeben  
Joh. Kuss, Borin.

**Der zweite Schnitt**

meiner Wele ist zu verkaufen.

Witwe Marie Pietzuch.

Zum sofortigen Antritt wird eine geeignete weibliche Schreibkraft

gesucht. Bewerberinnen, die die Schreibmaschine beherrschen, werden bevorzugt.

Rechtsanwalt Dr. Zucker.

**Ein Lehrling**

Kann unter günstigen Bedingungen sofort oder später eintreten bei

A Ludwig,  
Schlossermmeister.